

MERKUR

Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken

Navid Kermani, Dein Name

Thomas Steinfeld, Hören, Zuhören und »Muzak«

Alban Werner, Deutsches Bürgertum: AfD und Grüne

Martin Sabrow, Zeitgeschichte als Jubiläumsreigen

Ror Wolf und Gerhard Henschel, Lange Nacht. Gedicht

Ute Sacksofsky, Glaubensfreiheit für alle. Rechtskolumne

Matthias Dell, Selbstverständnis des Journalismus

Thomas Thiemeyer, Das Imperial War Museum in London

Andreas Dorschel, Ästhetik des Fado

Hannes Böhringer, Barocke Gegenwart

Stephan Herczeg, Journal (XXIII)



69. Jahrgang, Februar 2015 12 €

Klett-Cotta

789

Alban Werner

Die doppelte Häutung des deutschen Bürgertums

Es ist kein Zufall, dass die Alternative für Deutschland (AfD) in ihrer jungen Parteigeschichte von Erfolg zu Erfolg eilt, während zeitgleich bei Bündnis 90/Die Grünen ein mal mehr, mal weniger offen geführter Richtungs- und Strategiestreit ausgetragen wird. Die AfD scheiterte 2013 so knapp wie

keine andere frischgegründete Partei am Einzug in den Bundestag. Sie trug maßgeblich zur Spaltung der FDP-Wählerschaft bei und zog stärker in die ostdeutschen Landtage ein, als es der altliberalen Partei bei den meisten Wahlen gelang. Es fällt leicht, aufzuzählen, was Bündnisgrüne und AfD trennt: hier der sich weltoffen gebende, progressiv-ökologische Linksliberalismus moderner Mittelschichten, dort die schnell und einfach als »nationalistisch«, »antieuropäisch« markierten »Wutbürger«, die erfolgreich an diffuse Ängste und niedere Instinkte appellieren. Erst auf den zweiten Blick zeigen sich ungeahnte Ähnlichkeiten in Struktur und Bedeutung dieser Parteien. Die AfD ist nicht weniger eine »bunte Truppe« als die Grünen in ihrer Anfangsphase. Beide Parteien haben Anteil an der politischen Neusortierung des deutschen Bürgertums. Beide werden von aktuellen Konflikten um Migration, knappe Haushalte oder Bildung in einer Weise erfasst, die auf absehbare Zeit den konservativeren Flügel stärken wird.

Bei den Bündnisgrünen hat sich der seit den neunziger Jahren immer wieder auftretende Streit zwischen linksliberalen und nichtlinksliberal-reformistischen Richtungen verstärkt, nachdem linksradikale Strömungen die Partei bereits Anfang der 1990er Jahre verlassen hatten und weitere grün-Links nach der Nato-Intervention im Kosovo 1999 die Partei verließen. Die derzeitige Auseinandersetzung erhält zusätzliche Tiefe und andere Akzente: Während zuvor die Bundestagsfraktion als sichtbarste Akteurin der Partei den »natürlichen« Hort inhaltlicher Detailarbeit, realpolitischer Strategiebildung und Kompromissfindung darstellte, geht diese Rolle unter dem erdrückenden parlamentarischen Machtvorsprung der dritten Großen Koalition im Bundestag auf die grün mitregierten Bundesländer über.

Im vergangenen Herbst waren viele an der bündnisgrünen Basis erbost über Winfried Kretschmanns grün-rote Landesregierung, nicht nur wegen inhaltlicher Konsequenzen ihrer Vorgehensweise bei Verhandlung und Abstimmung der Asylrechtsreform im Bundesrat. Natürlich traf die Deklaration von Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina als »sichere Drittstaaten« und eine damit verbundene leichtere Abschiebung von Zufluchtsuchenden ins Herz ihrer Menschlichkeitspostulate. Vor allem aber ist klargeworden, dass die auf feinstes Austarieren innerparteilicher Strömungspartit ausgerichtete Personal- und Programmpolitik effektiv durch Landesverbände oder weiteres Spitzenpersonal mit privilegiertem Zugang zu einschlägigen Massenmedien unterlaufen werden kann. Dafür stand etwa Katrin Göring-Eckardts Äußerung im Interview, man wolle Ehegattensplitting und gegliedertes Schulsystem nicht mehr antasten.

Die Führung der »Realo«-Grünen aktualisiert mit ihren Äußerungen nicht allein ihr bekanntes Programm, das sich gegen eine rot-rot-grüne

Bündniskonstellation und für eine stärkere Öffnung hin zu Bündnissen mit der CDU auf Landes- und Bundesebene richtet. Sie reagiert damit auch auf einen Umbruch im bürgerlichen Lager, auf eine Neusortierung seiner unterschiedlichen Milieus. Trotz aller Transformationen wird die SPD nach wie vor als »Arbeiterpartei«, als Partei der Lohnabhängigen unterschiedlichster Milieus und Herkünfte identifiziert und bleibt auch strukturell auf diese Zuschreibung angewiesen.¹ Sie verkörpert in Deutschland noch immer den Pol, an dem sich andere politische Akteure (positiv wie negativ) orientieren müssen, die Menschen ausgehend von ihrer Lohnabhängigkeit und vorrangigen Präferenz für soziale Gerechtigkeit einerseits rekrutieren und organisieren sowie andererseits als WählerInnen ansprechen wollen.

Das bürgerliche Lager

Das bürgerliche Lager hingegen hat sich in Deutschland nicht in einer Partei gesammelt. Dies ist teils bedingt durch das Verhältniswahlrecht, teils durch die Stärke der Christdemokratie nach dem Zweiten Weltkrieg, teils durch seine Verstrickungen mit vormodernen und reaktionären Strömungen bis hin zur Kompromittierung durch Kollaboration im Nazistaat. Hinsichtlich dieser Vielgesichtigkeit waren die Bündnisgrünen schon immer organisatorisch und sozialstrukturell der CDU ähnlicher als der SPD, sie konnten ab den Achtzigern zunehmend eine Lücke im politischen Angebot besetzen.

Der Liberalismus organisierte sich im Nachkriegsdeutschland, anders als etwa in den Niederlanden oder in der Weimarer Republik, tendenziell in einer Partei statt in spezifisch rechts- und linksliberalen Formationen. Auf das lange Bündnis der FDP mit den Unionsparteien nach dem Krieg folgte die kurze Periode sozialliberaler Öffnung, die vor allem der Generalsekretär Karl-Hermann Flach und der sich nach links radikalisierende Jugendverband der Jungdemokraten (DJD) prominent verkörperten. Endgültig beendet wurde diese Entwicklung 1982, als die FDP die sozialliberale Koalition verließ und Helmut Kohl zum neuen Bundeskanzler mitwählte. Die Jungde-

1 Ausführlicher zum wahlpolitischen Dilemma sozialdemokratischer und sozialistischer Parteien vgl. Adam Przeworski / John Sprague, *Paper Stones. A History of Electoral Socialism*. University of Chicago Press 1986. Das Dilemma dieser Parteien bestand den Autoren zufolge darin, dass sie einerseits als Teilnehmerinnen im Wettbewerb um Wahlstimmen revolutionäre Ziele und ihren reinen »Klassencharakter« als Arbeiterparteien aufgeben mussten. Damit untergruben sie aber zunehmend ihre organisationspolitische Basis und ihren ideologischen Kern, nämlich das Deutungsmuster, in einer Klassengesellschaft zu leben.

mokraten verließen ihre »Mutterpartei« und wurden durch die von Guido Westerwelle mitbegründeten Jungen Liberalen (JuLis) abgelöst.

Während die FDP zum klassisch-bürgerlichen Liberalismus zurückschwenkte, besetzten die Grünen eine Lücke, die der heimatlos gewordene Linkliberalismus, der Rechtsruck der SPD unter Helmut Schmidt sowie Teile der neuen sozialen Bewegungen und der neuen Linken hinsichtlich parteipolitischer Organisation geöffnet hatten. Wenn heute ein Umbruch des bürgerlichen Lagers zu beobachten ist, so hat er seine Wurzeln in Umbauprozessen vor über dreißig Jahren, mit denen der fordistische Kapitalismus »rheinischen« Typs von innen aufgebrochen wurde. Zu den damaligen Wurzeln der Grünen gehörten neben einem gewandelten, linksliberalen Bürgertum und wertkonservativen, aber umweltbewussten Bürgerlichen auch antikapitalistische Linke, die nach dem Scheitern ihrer K-Gruppen-Organisierung eine Gelegenheit sahen, einen neuen Träger radikaler Politik mit Massenresonanz aufzubauen.²

Was diese insgesamt sehr heterogene und daher auf verbandsinterne Konflikte programmierte Truppe vereinigen konnte, waren eher Abwehrkämpfe als eine ausformulierte eigene Vision der »guten Gesellschaft«. Linkliberale und wertkonservative Bürgerliche sowie radikale Linke konnten sich im Kampf gegen die erfahrbaren Zumutungen sowie wissenschaftlich nachweisbaren Gefährdungen industriekapitalistischer und »fordistischer Modernisierung« versammeln.³ Es ist kein Wunder, dass die berühmtgewordene Diagnose von der »Kolonialisierung der Lebenswelt« aus Jürgen Habermas' *Theorie des kommunikativen Handelns* in dieser historisch-politischen Konjunktur florieren konnte.

Für die damaligen Grünen war ihre »schwache« kollektive Identität eine Stärke, weil die Uneindeutigkeit ihrer Positionierung mehrere Milieus ansprach und ihnen erlaubte, leichter als die »schweren Tanker« Unionsparteien und SPD einerseits und die schon seit den Neunzigern zur ständischen Funktionspartei herabgesunkene FDP andererseits auf gesellschaftliche Entwicklungstrends und neue Themen zu reagieren.⁴ Nicht zufällig begleitet die inzwischen allgegenwärtige Semantik des »Projekts« den Aufstieg der Grünen. Der Erwartungshorizont des Projekts lässt viel stärker als die

2 Zu den Aktivitäten (ehemals) radikaler Linker aus diversen K-Gruppen bei den Grünen vgl. Gaston Kirsche, *Der große Irrtum*. In: *Jungle World* vom 14. November 2013 (jungle-world.com/artikel/2013/46/48810.html).

3 Vgl. M. Rainer Lepsius, *Interessen, Ideen und Institutionen*. Opladen: Westdeutscher Verlag 1990.

4 Vgl. Dieter Rucht, *The Strength of Weak Identities*. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, Nr. 4, 2011.

tradierten historischen Bewegungsbegriffe »Konservatismus«, »Liberalismus« und »Sozialismus« negative, schwach bestimmte Identitäten zu.⁵ Er verpflichtet nicht auf ein Bekenntnis zu jahrhundertealten Traditionen, zum Aufgehen in einem Netzwerk an parteiverwandten Aktivitäten »von der Wiege bis zur Bahre«. Vielmehr kehrt die Semantik des »Projekts« das Verhältnis zwischen dem politischen Narrativ und der individuellen Lebensführung der Mitglieder um.

Während etwa den AnhängerInnen des Sozialismus nicht versprochen werden kann, dass sie das »letzte Gefecht« je erreichen, und von ihnen dennoch erwartet wird, die »Fahne« an die jeweils nächste Generation »weiterzureichen«, ist die uneindeutigere grüne Vision in einen nicht immer kohärenten Zusammenhang von Teilvorhaben aufteilbar, von denen etliche innerhalb einer Biografie abschließbar sind.⁶ Die politische Biografie wird somit selbst zur Summe von Projekten. Geradezu prototypisch dafür stehen ihre Leitfiguren Joschka Fischer und Daniel Cohn-Bendit, die jeweils in einem »langen Lauf« nach Zwischenhalten als straßenkämpfende Linksradikale, als »Eisbrecher« ihres Milieus gegenüber dem etablierten politischen Betrieb bis zu einem Selbst als Elder Statesmen sich vielfältig neu (er)fanden. Vielleicht war der Versuch einer antikapitalistischen Organisation innerhalb der Grünen auch deswegen zum Scheitern verurteilt, weil bei bürgerlichen AktivistInnen die Verpflichtung auf eine mehr als lebenslange politische Erzählung kaum mehrheitsfähig war, da sie ihren eigenen Milieus erhebliche Ungewissheiten über das Eintreten ihres Ziels und die genaue Beschaffenheit von (Übergangs)Krisen und damit faktischen Privilegienverzicht zugemutet hätte.

Während die Grünen sich ausdrücklich nicht als Teil einer großen Erzählung sehen, verpflichten sie doch sich selbst, alle Parteien und alle Regierten auf das Narrativ der europäischen Integration. Bereits vor Beginn der Euro-Krise war es fragwürdig, die *Vertiefung* der Integration (die mit dem Europäischen Gerichtshof, der Europäischen Kommission und der Europäischen Zentralbank nur schwach demokratisch legitimierte Agenturen stärkte)

5 Zum Verständnis der neuzeitlichen Bewegungsbegriffe als Sozialtechnologien vgl. Reinhart Koselleck, »*Neuzeit*«. *Zur Semantik moderner Bewegungsbegriffe*. In: Ders.: *Vergangene Zukunft*. Frankfurt: Suhrkamp 1988.

6 Das geltende grüne Grundsatzprogramm von 2002 nennt zwölf »Schlüsselprojekte«: Solarzeitalter, ökologische Mobilität, gesamtdeutsche Zukunft, Transparenz für VerbraucherInnen, Neue Landwirtschaft, Grundsicherung, Politik auf Kindernasenhöhe, Wissenszugang als Bürgerrecht, Einwanderungsgesellschaft, Frauen an die Macht, Europa der Bürgerinnen und Bürger, fairer Welthandel und internationale Standards.

und die *Richtung* der Integration mit wirtschaftsliberaler Schlagseite als Höhepunkt menschlichen Fortschritts auszuweisen. Dennoch machten die deutschen Bündnisgrünen die Zustimmung zur EU-Integration faktisch zur Bedingung politischer Akzeptabilität.⁷

Mit ihrer Zustimmung zu sämtlichen Maßnahmen des merkelschen Krisenmanagements verstärkten die Bündnisgrünen weiter die Kluft zwischen einer EU-skeptischer werdenden Bevölkerung und den politischen Eliten. Tatsächlich musste es immer mehr Menschen, vor allem politisch informierten BürgerInnen, als einleuchtend erscheinen, dass ein Kartell der etablierten Parteien im Namen einer (den BürgerInnen selbst ja kaum vertrauten) Europäischen Union bereit war, sämtliche eigenen Grundsätze über Bord zu werfen: die Gegnerschaft zur »Haftungsgemeinschaft« von rechts, die zur Sparpolitik von links sowie von beiden die Übereinstimmung mit demokratisch-rechtsstaatlichen Minima. Zwar bezog die Linkspartei als einzige eine andere Position, ging jedoch ausgerechnet im Bundestagswahlkampf auf Tauchstation, statt die Kritik am Krisenmanagement offensiv zu politisieren.

Gründung der AfD

Es war der entscheidende Zeitpunkt für die GründerInnen der AfD.⁸ Was sie an bürgerlichen Werten und politischen Erzählungen vertraten, sahen sie von den Unionsparteien und der FDP vernachlässigt oder verraten. Dies kommt in Bernd Luckes Selbstbeschreibung klar zum Ausdruck: »Ich bin ein Christdemokrat, der von seiner Partei verlassen wurde.« Hegemonie-theoretisch ist die aktuelle politische Phase irritierend. Die Parteien aus der Tradition der Arbeiterbewegungen konnten insgesamt nicht hinzugewinnen. Im bürgerlichen Lager erreichten einerseits die Unionsparteien ein nicht mehr für möglich gehaltenes fulminantes Wahlergebnis auf Bundesebene,

7 Der Ko-Vorsitzende der Fraktion der Grünen im Europäischen Parlament Daniel Cohn-Bendit suspendierte 2012 seine Mitgliedschaft in der französischen Schwesterformation »Europe Ecology-Les Verts«, weil diese in der französischen Nationalversammlung gegen den von Angela Merkel initiierten Fiskalpakt gestimmt hatte; die deutschen Bündnisgrünen stimmten im Bundestag zu.

8 Die Denkschule des historischen Institutionalismus beschreibt entscheidende Zeitpunkte als diejenigen kurzen Perioden, in denen die Entscheidungen der Handelnden mit hoher Wahrscheinlichkeit erhebliche Auswirkungen erzeugen. Vgl. Giovanni Capocchia/R. Daniel Kelemen, *The Study of Critical Junctures. Theory, Narrative, and Counterfactuals in Historical Institutionalism*. In: *World Politics*, Nr. 3, 2007.

das sich zweifelsohne Merkels Ruf als kompetenter Krisenmanagerin verdankte.⁹ Andererseits kann keinesfalls von einer CDU-Hegemonie gesprochen werden. Die Union stellt zeitgleich MinisterpräsidentInnen nur noch in Bayern und Sachsen, wo sie über strukturelle Mehrheiten verfügt, sowie in Sachsen-Anhalt, Thüringen und Hessen, wo auch andersfarbige Regierungsmehrheiten mit SPD oder Der Linken gegen die Union möglich wären (nicht nur theoretisch, wie man dann in Thüringen sehen sollte). In keiner westdeutschen Landeshauptstadt stellt die Union mehr die Bürgermeisterin oder den Bürgermeister. Vor allem ist ihr mit der FDP die lange Jahre »natürliche« Koalitionspartnerin womöglich dauerhaft abhandengekommen.

Wie 1982 hinterlässt die FDP erneut parteipolitisch »heimatlos« werdende Milieus, Verbände und politische Orientierungen. Neben den verbliebenen klassischen Bürgerrechts- und Wirtschaftsliberalen betrifft das die Mittelstandsvereinigungen ebenso wie die ständisch organisierten Berufsgruppen der Ärzte, Architekten, Anwälte, Apotheker usw. Sie werden parteipolitisch »vertretungslos« just in einem Moment, in dem sich politische Handlungsorientierungen im bürgerlichen Lager zum Teil gravierend verändern. In den Milieus der Bündnisgrünen wird die identitätsstiftende, aber zugleich unspezifische Orientierung auf Emanzipation »privatisiert«; man sucht sie – den gesellschaftlichen Reproduktionsprozess als Ganzen meist völlig ignorierend – über Konsumnormen und Lebensformen zu realisieren. Ihre Lebensstile unterscheiden sich nicht kategorisch, sondern nur operativ von anderen bürgerlichen Lebensweisen, weil sie bewusst oder unbewusst auch immer Mittel zur Distinktion und sozialen Abgrenzung sind: Fair-Trade- und Ökoprodukte, mehr Augenmerk auf körperliche Gesundheit (bis zur Normierung), Kosmopolitismus, Vegetarismus und Veganismus usw.

Bei den Milieus, die jetzt der AfD zuneigen, zeigt sich ein umgekehrter Trend. Hier finden solche BürgerInnen ins Zentrum der Auseinandersetzungen, die aus unterschiedlichen Gründen (Abscheu gegenüber jeglicher politischer Betätigung, keine Motivation, andere Prioritäten, keine dazu passende parteipolitische Formation) bislang von Parteipolitik die Finger gelassen haben. Der »Wutbürger« überschreitet als Aktivist der AfD die Anonymität der einschlägigen Kommentarspalten auf den Online-Portalen und den Widerspruch auf der Leserbriefseite lokaler und überregionaler Zeitungen, er betritt nun die öffentliche (politische) Bühne. Die AfD ist in Mitgliedschaft und WählerInnenspektrum nicht weniger heterogen als die Grünen zur Zeit ihrer Entstehung. Neben früheren AnhängerInnen von

9 Vgl. Richard Hilmer/Stefan Merz, *Die Bundestagswahl vom 22. September 2013: Merkels Meisterstück*. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Nr. 1, 2014.

Union und FDP kann die AfD vor allem Zuspruch von ProtestwählerInnen erhoffen, die sich von ihr ein »Aufmischen« der als Kartell wahrgenommenen bisherigen Parteipolitik wünschen. Für den Erfolg dieser neuen Partei bei Protest- und früheren NichtwählerInnen ist Die Linke mitverantwortlich, weil sie vor einem Aufgreifen der als Elitenkritik nicht per se »rechten« Themen wie Volksabstimmung, Krisenpolitik und Überwachungsskandale zurückgeschreckt ist. Weil alle etablierten Parteien einschließlich der Linken hier schwiegen, aus Feigheit vor dem Konflikt oder Angriffen in Leitartikeln, konnte die AfD diese Themen wirksam besetzen, in Sachen Euro-Krise hat sie wahrscheinlich bereits eine dauerhafte *issue ownership* erreicht,¹⁰ die ihr zunächst bleibende Glaubwürdigkeit verschafft.

Schnittmengen

Tatsächlich vertreten AfD und Bündnisgrüne jeweils Milieus, die sich vordergründig in Moral und Praxis diametral unterscheiden, um sich heimlich doch an einigen Stellen zu treffen. In der AfD-Vision der Bundesrepublik gilt es, sowohl gegen große gesellschaftspolitische Trends als auch gegen Entwicklungen auf der regional-lokalen Ebene den konservativen und liberalen Besitzstand zu verteidigen. Während die wirtschaftsliberalen Kräfte aus dem Gründerkreis der AfD vor allem die kriselnde Euro-Zone als Bedrohung der ordoliberalen sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhards wahrnehmen, beschwören ihre nationalkonservativen Strömungen die einigende und stabilisierende Kraft der deutschen Identität und die behüteten Strukturen von klassischer Familie, Dorfgemeinschaft und stabilen Ausbildungs- und Erwerbsbiografien.

Vom brandenburgischen AfD-Spitzenkandidaten Alexander Gauland stammt das Buch *Anleitung zum Konservativsein*, aus dem ein stark an Jean-Jacques Rousseau erinnernder Aufruf zum Schutz historisch gewachsener Sozialstrukturen auch gegen die neoliberale Globalisierung erschallt: »Die Moderne ist nur dann aushaltbar, wenn die Unbehaustheit des Wirtschaftssubjekts eine Ergänzung in der Geborgenheit von Kultur und Geschichte findet. Deshalb dürfen wir Traditionen und Lebenswelten nicht gleichgültig

10 *Issue ownership* bezeichnet eine besondere Kompetenzzuschreibung des Elektorats an eine Partei im Bezug auf ein Thema. Sie kann sich Identifikation mit der jeweiligen Partei, Weltanschauungen, Wahrnehmungen von Performanz der Partei (oder ihrer GegnerInnen) und der wahrgenommenen Verbindung zwischen der Partei und einer gesellschaftlichen Klientel verdanken. Vgl. Rune Stubager/Rune Slothuus, *What Are the Sources of Political Parties' Issue Ownership?* In: *Political Behavior*, Nr. 3, 2013.

aufs Spiel setzen, müssen die Geschwindigkeit der gesellschaftlichen Prozesse der Widerstandskraft dieser Dämme anpassen, um eine ›Entzweiung von Herkunft und Zukunft‹ zu hindern. Der Konservative kann deshalb nicht für die Gleichbehandlung der Nächsten und der Fernsten sein, er muss der eigenen Gemeinschaft Vorzug vor den Fremden geben. Das ist die geistesgeschichtliche Übersetzung der Zuspitzung: ›Kinder statt Inder‹. Zur eigenen Gemeinschaft gehören inzwischen auch die Europäer, also auch jener Schafzüchter und Käsefabrikant aus dem französischen Zentralmassiv, der für die ›historischen und ideologischen Wurzeln des Bauerntums‹ kämpft. Denn anders als es der frühere Präsident des Institutes für Weltwirtschaft, Giersch, gefordert hat, umfasst die Gemeinschaft auch jene, ›die zu Marktexpansion und Fortschrittsbeschleunigung nichts Positives beizutragen haben‹, da für den Konservativen die Gesellschaft einen Wert verkörpert, dem kein Preis entspricht ... Die Liberalen sehen [der Zerstörung des Gleichgewichts zwischen Ordnung und Freiheit] zu und begrüßen es, Konservative wehren sich dagegen, wie sich einst Burke gegen Imperialismus, Kolonialismus und die revolutionäre Demokratie gewehrt hat ... Unter diesem Blickwinkel ist Attac eher eine konservative als eine linke oder gar revolutionäre Organisation.«¹¹

Hinter der Ablehnung von befürchteten Reallohnsenkungen durch Zuwanderung, von einem nicht näher definierten »Neokapitalismus« und prekären Arbeitsverhältnissen (mit nachteiligen Folgen für die Familiengründung) steckt ein sozialer Nationalkonservatismus, den Gauland als neuer organischer Intellektueller seines Milieus damit auf eine einleuchtende Formel bringt. Der Formel müssen die Bündnisgrünen als Feindbild erscheinen, weil sie Zuwanderung als Bereicherung begrüßen und Multikulturalismus sowie Inkorporation des Islam verfechten. Sie verteidigen die Europäische Union und andere supranationale Organisationen so erbittert gegen jegliche Kritik gerade *wegen* der dort entspringenden Imperative, die geeignet sind, die korporativen Strukturen der Bundesrepublik aufzubrechen. So begrüßen sie Geschlechterquotierungen in Unternehmen gegen männerbündische Wirtschaftseliten, UN-Zielvorgaben zur Inklusion von Kindern mit Behinderungen in die Regelschulen oder die Freizügigkeit unter dem Schengen-Abkommen.

So unterschiedlich diese Orientierungen sind, so treffen sie sich an wenig sichtbaren Stellen dann doch. Wenn junge urbane Paare heiraten, um in den Genuss der damit verbundenen steuerlichen Vergünstigungen zu kom-

11 Alexander Gauland, *Anleitung zum Konservativsein. Zur Geschichte eines Wortes*. Stuttgart: DVA 2002.

men, wenn sie ihr Stadtviertel nach einem sozialstrukturellen Statuserhalt auswählen und als »Helikoptereltern« Kindergarten und später Schule ihres Kindes nach der (möglichst geringen) Anzahl migrantischer und »bildungsferner« MitschülerInnen aussuchen (und etwa den Verzicht der NRW-Grünen auf Wiedereinführung verbindlicher Schulbezirksgrenzen heimlich oder offen begrüßen), wenn sie die biografiestabilisierenden Absicherungen des Berufsbeamtentums entweder beneiden oder in Anspruch nehmen, unterscheiden sie sich noch in der Deutung, nicht aber in der Praxis von den AnhängerInnen der AfD.¹² Zynisch gesprochen wird ihre Praxis durch die AfD nur affirmativ formuliert und zur ideologischen Kenntlichkeit entstellt, kurz: Als Partei des bürgerlichen Lagers ist die AfD mitunter ehrlicher als die Bündnisgrünen.

Hegemonialer Rechtsruck

Wir sind ZeugInnen einer doppelten Häutung des deutschen Bürgertums. Das bürgerliche Lager orientiert sich neu in einem noch offenen Prozess, der teils aktiv betrieben wird, teils hinter dem Rücken der Beteiligten abläuft. Definitive Prognosen darüber, welche politischen Gestalten sich am Ende des Häutungsprozesses auf der parteipolitischen Bühne präsentieren, verbieten sich zum jetzigen Zeitpunkt. Aber dennoch lassen sich strukturelle und prozessimmanente Faktoren beschreiben, die eine Stärkung der jeweils konservativeren Teile von AfD und Bündnisgrünen erwarten lassen.

In beiden Parteien sind die konkret-erfahrungsnahen Ziele überwiegend diejenigen, die dem jeweils rechteren Parteiflügel entgegenkommen. Wirtschaftliche Standortsicherung, Einvernehmen mit Handwerks- und weiteren Wirtschaftsverbänden und Kammern, Klagen gegen den Länderfinanzausgleich, Unterbringung von Geflüchteten als Konfliktthema in den betroffenen Kommunen und Nachbarschaften und unbedingte Vermeidung

12 »Was das neue Bürgertum und die, die dazugehören wollen, beunruhigt«, so eine soziologische Diagnose, »ist weniger ein nachweisbarer Status- oder Einkommensverlust als die Auflösung altbekannter Normalitäten und Rituale. Gesellschaftliche Teilhabe, Wohlfahrt und die damit verbundenen Aufstiegsoptionen sind keine Selbstverständlichkeiten mehr, sie werden zu Lebensgütern, die erkämpft werden müssen ... Die Ängste der heutigen Mittelschicht lassen sich auf den Verlust ihres »ständischen« Charakters zurückführen. Eingezwängt zwischen dem transnationalen Kapital und dem auf Niedriglohnniveau abgesunkenen Proletariat, erfährt sie eine neue Unmittelbarkeit zwischen Ökonomie und Persönlichkeit.« Vgl. »*Die Linke ist konservativ geworden*«. Gespräch mit der Soziologin Cornelia Koppetsch in: *Zeit* vom 1. Oktober 2014.

eines »Schulkriegs« werden auf der kommunalen Ebene und Länderebene verhandelt und ausgefochten. Dort wird über die (Wieder)Wahl entschieden, hier wird das Bodenpersonal für die Parteipolitik geworben oder verloren.

Die von der grünen Parteilinken verfochtenen programmatischen Ziele und Forderungen nach »Gerechtigkeit« (durch fairen Welthandel, solidarisches Europa, geschlechterparitätische Arbeitsteilung), Nachhaltigkeit, Energiewende usw. verlangen wegen ihres erfahrungsfernen Zukunftscharakters ein erheblich größeres Abstraktionsvermögen, zudem sind sie unterhalb der Bundesebene gar nicht bearbeitbar, wenn sie nicht gerade in konkreten Projekten wie Energiestadtwerken oder Biodörfern evident sind.

Bei der AfD stärkt die Themenakquisition auf lokaler Ebene und in den Ländern absehbar Inhalte wie antimuslimische Ressentiments (gegen Moschee- oder Minarettbauten), Ökologieskepsis (gegen Klimaschutzpolitik und Energiewende als Ursache hoher Energierechnungen), heteronormative, familienpolitisch konservative Motive (gegen Gleichstellung aller Lebensweisen unabhängig von der sexuellen Identität) oder Grenzkriminalität. Insbesondere bei diesen Bedrohungsszenarien wirkt der bildungsbürgerliche Rekurs auf anderslautende Statistiken wie schlimmster Paternalismus auf die Klientel der AfD. »Es geht um Einfühlungsvermögen«, wie Hamburgs Erster Bürgermeister a. D. Ole von Beust im Interview zuspitzt: »Kann ich mich in Leute versetzen? Bei mir ist auch mal eingebrochen worden, ist ewig her. Das Gefühl war wirklich grausam hinterher. Sie kommen in die Wohnung, die ist verwüstet, es ist was geklaut. Es dauert unheimlich lange, wieder Fuß zu fassen. Wenn dir da jemand sagt: ›Du hast persönlich Pech gehabt, aber die Statistik ist 'ne andere‹: Mit dem ist man doch fertig. Wer lässt sich denn so in die Ecke stellen? Wer möchte überhaupt belehrt werden, ohne darum gebeten zu haben?«¹³

Auch der Zugriff auf direktdemokratische Instrumente auf der Ebene von Ländern und Kommunen wird der AfD Gelegenheiten zur Profilierung verschaffen, die es auf Bundesebene nicht gibt. Klassisch wirtschaftsliberale Themen des AfD-Gründerkreises hingegen werden deutlich weniger Resonanz aufweisen, wenn sich nicht – »verelendungstheoretisch« gedacht – die Euro-Krise doch wieder verschärft und darüber die EU-Gemeinschaftspolitik spürbar gestärkt wird. Ohne drastische Krisenverschärfung bleiben Vokabeln wie Target-2-Salden, Trennbankensysteme, Eigenkapitalquoten

13 *Wer möchte überhaupt belehrt werden?* In: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* vom 28. September 2014.

oder Leistungsbilanzdefizite völlig erfahrungsfremde Formeln. Frei nach Marx wird diese Theorie nicht zur materiellen Gewalt, eben weil sie die Massen nicht ergreift. Wenn meine These zutrifft, findet der zu beobachtende Rechtsruck in Deutschland nicht nur an der Oberfläche statt, sondern erlangt dank des Umbruchs im bürgerlichen Lager eine hegemoniale Tiefe. Das Beschweigen legitimer Anliegen hat der AfD ihren Treibstoff verschafft, und für jeden der vielen ermahnenden linksliberalen Zeigefinger weisen drei Finger auf die Moralisierenden zurück. Weder ein »Aussitzen« des AfD-Erfolgs noch eine von bekannten Beißreflexen motivierte reine Stigmatisierungsstrategie gegen die neue Formation werden deswegen in der politischen Auseinandersetzung hilfreich sein.